

## „Niemand hat die Absicht, die EU zu zerschlagen!“

**In einigen Ländern gibt es Tendenzen, die eine EU in der jetzigen Form nur noch als Unterstützungsgemeinschaft für Notleidende Volkswirtschaften ansehen.**

Ob der Front National in Frankreich, AfD in Deutschland, die offizielle Regierungspolitik in Ungarn oder Polen oder aber die den Austritt Großbritanniens herbeigeführte UKIP, alle diese Gruppierungen eint der Wille, die EU zu zerschlagen und ihr Heil in einem rückwärts gerichteten Nationalismus zu suchen. Gleichzeitig sind die Mitgliedsstaaten heftig zerstritten, wie mit der Flüchtlingsproblematik umgegangen werden soll. Unterschiedliche Ansichten einzelner ökonomisch bedeutender Länder wie Frankreich und Deutschland liegen hinsichtlich ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik im Dauerclinch miteinander. Große Haushaltsdefizite einzelner weniger gut entwickelter Staaten zwingen diese immer weiter in die Knie, so dass ihre Aussichten, jemals wieder auf einem wirtschaftlich grünen Zweig zu landen mehr und mehr schwinden. Zu allem Überfluss verfolgt die EU-Kommission, der eigentliche Machtfaktor in der EU, eine Politik, die jedweder Form von Demokratie und Solidarität widerspricht. Jean-Claude Juncker, seines Zeichens EU-Kommissionspräsident lässt kaum eine Gelegenheit aus, klar zu machen, wer das Sagen innerhalb der Gemeinschaft hat und verfolgt eine Politik des „par ordre du mufti“ (par ordre du mufti = auf Anordnung vorgesetzter Stelle). Damit bringt er zusehends auch die Bürger Europas gegen sich und die EU auf. Eine besonders gefährli-

che Entwicklung zeichnet sich im Hinblick auf die Freihandels- und Dienstleistungsabkommen CETA, TTIP und TiSA ab. Die Art und Weise, wie sich Juncker diese Verträge politisch, nicht demokratisch, durchzusetzen versucht, ist ein Schlag ins Gesicht aller EU-Befürworter und Demokraten. Junckers

Brüssel aus versucht, dem ganzen eine Art von demokratischem und solidarischen Anstrich zu geben und das EU-Parlament geschaffen, aber gleichzeitig hat man sich von dort aus nicht ernsthaft bemüht, eine wirkliche Wirtschafts- und Solidargemeinschaft zu erschaffen. Zu groß ist der Vorbehalt der



Ansicht, dass die EU eine den demokratisch gewählten Nationalparlamenten und dem EU-Parlament übergeordnete Institution ist, spielt den EU-Feinden direkt in die Hände. Seit EWG Zeiten (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) ist die EU von ihrer Grundsubstanz keine irgendwie geartete Solidargemeinschaft, sondern in erster Linie eine Freihandelszone zur Schaffung von Absatzmärkten. Im Laufe der Jahre hat man zwar von

EU-Staaten, etwas von ihrer nationalen Souveränität zugunsten Europas abzugeben. Das gilt im Wesentlichen mal mehr, mal weniger für alle. Bisher ist die Ausstattung des EU-Parlamentes nicht ausreichend vorhanden, mit einer genügend großen Macht, die Geschicke der EU an Stelle der EU-Kommission zu gestalten. Die „Vereinigten Staaten von Europa“ standen und stehen im Moment offensichtlich auch nicht auf der politischen

Agenda der Mitgliedstaaten. Man würde sich sonst zumindest darüber einig sein, im Laufe der nächsten Jahre, eine einheitliche Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik anzustreben. Das würde die Mindestanforderung an eine politische Einigung sein. Zur Zeit ist die EU dabei, ihre wirtschaftliche Macht aufs Spiel zu setzen. Letztendlich haben davon nur die Gegner eines starken Europas etwas. Diese Gegner sind aber nicht nur innerhalb der EU, sondern vor allen Dingen auch außerhalb auf internationaler Ebene zu finden. Weder die USA noch der kommende Wirtschaftsriese China sind an einer starken europäischen Gemeinschaft interessiert. Den hegemonialen Ansprüchen jetziger und künftiger Wirtschaftsmächte laufen Einigungsprozesse innerhalb Europas extrem zuwider. Der Grund dafür ist eigentlich klar und müsste für jeden, der es ehrlich mit Europa meint, klar auf der Hand liegen. Die Globalisierung hat direkte Folgen auf die einzelnen Staaten und ihre Bewohner. Nicht nur Kleinstaaten, sondern auch solche wie Frankreich, Großbritannien und Deutschland stehen ökonomisch erheblich unter Druck und sind in großer Gefahr, im Welthandel an Boden zu verlieren. Deutschland Nutznießer seiner Exportpolitik, gefährdet mit seinem Streben nach immer geringeren Lohnstückkosten den Zusammenhalt der EU durch Gefährdung des sozialen Friedens EU-weit. -Joachim F. Gogoll-



## BREXIT ist auch Chance zum Neubeginn

Ein „weiter so“ kann es in der EU nicht geben - es muss sich dringend etwas ändern!

Großbritannien war ein erstes sichtbares Zeichen für den Beginn eines möglichen Prozesses der Erosion der Europäischen Gemeinschaft. Erinnern wir uns: die EU entwickelte sich aus der EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft). Die Absicht war es, eine europäische Freihandelszone zur Gewinnung von Absatzmärkten für die Wirtschaft und zur Sicherung des Friedens in Europa. Aus der EWG wurde mit der steigenden Zahl von Mitgliedsstaaten die EG (Europäische Gemeinschaft) und dann mit den Verträgen von Maastricht 1992 die EU. Von Anfang an war dieses Konstrukt nicht unkompliziert in seinem politischen erscheinen und den Entscheidungsgremien. Neben dem Europäischen Rat und dem Rat der Europäischen Union existiert noch die EU-Kommission und das Europäische Parlament mit völlig unterschiedlichen Bedeutungen und Entscheidungskompetenzen. Heute umfasst die EU 29 (demnächst 28) Staaten, von denen 19 den EURO als gemeinsames Zahlungsmittel eingeführt haben. Der Weg zur EU war schon steinig und geprägt von einer seltsamen Art der Weiterentwicklung der EU. Man ließ eine Ente zu Wasser, wenn man was neues ausprobieren wollte und wenn

sie schwamm, dann beließ man es so. Gewiss eine Möglichkeit der Weiterentwicklung, allerdings eine höchst riskante, weil unsichere. Im Laufe der Zeit wurde die Bevölkerung der Mitgliedsstaaten nicht genügend eingespannt auf dem Weg zur möglicherweise „Europäischen Einheit“. Sichtbar wurde das immer deutlicher an der sinkenden Wahlbeteiligung bei den Europawahlen. „Hast Du einen OPA, dann schick ihn nach Europa“. Welcher überzeugte Europäer erinnert sich nicht mit Schauern an solche dämlichen Sprüche. Er trifft und traf aber sehr häufig den Nerv der Zeit mit verheerenden Wirkungen auf die Motivation der Menschen, sich für Europa einzusetzen. Dagegen wurden allen Ernstes solche nicht bedeutenden Regelungen wie die Festlegung der Krümmung der Salatgurke als Anlass genommen, sich über die EU aufzuregen, zu schimpfen oder sie als ganz und gar überflüssig zu betrachten. Dass solche Regeln auf Intervention der Handelsorganisationen in der Wirtschaft gemacht wurden, interessierte keinen Menschen und wurde allerdings auch nicht in der Öffentlichkeit sehr klar bekanntgemacht. Europa als mysteriöse, kaum durchschaubare Institution. Wen wundert es da, dass die vorhandenen positiven Auswirkungen der EU kaum oder gar nicht zur Kenntnis genommen wurden. Es ist jetzt an der Zeit eine neue Konstruktion der EU zu schaffen und damit verbunden eine neue Politik für die Menschen in der EU zu machen. Es scheint so, dass Politik sich da allein sehr schwer tut. Also müssen auch andere außerhalb der politischen Parteien ran und Neues entwickeln. Das wird vielen Politikern nicht passen, aber wir sollten uns nicht mehr verträumen lassen. Lange genug haben wir zugeschaut wie sich vieles verschlechterte. -fw-

## Termine

17.9.2016 Demo in Köln gegen CETA/TTIP.

20.9.2016 Demo in Brüssel gegen CETA/TTIP

### Impressum

Herausgeber:

Joachim F. Gogoll für Attac-COE

Redaktionsanschrift

Büro:

Detmolder Straße 9  
45896 Gelsenkirchen

E-Mail:

jfgogoll(at)aol.com

## Abschaffung der Demokratie

*Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.*

Dieser Artikel des Grundgesetzes beschreibt, dass die Parteien „mitwirken“ bei der politischen Willensbildung des Volkes. Allerdings heißt mitwirken, dass auch andere Organisationen dabei sind. Mittlerweile ist der Eindruck nicht von der Hand zu weisen, dass die regierenden Parteien oft die Hoheit über die Meinungs- und Willensbildung für sich beanspruchen. Die Stimme der Bürger wird häufig nicht gesondert auch überhört. Vor mehr als einem Jahr begann eine neue Phase der Auseinandersetzung mit Nichtregierungsorganisationen (NGO) wie Attac, BUND, foodwatch, Lobbycontrol u.a.. Begonnen wurde diese neuartige Vorgehensweise mit der Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Attac durch das Frankfurter Finanzamt. Die Frage, die sich stellt ist die, ob mit solch einer Aktion die finanzielle Austrocknung von kritischen Organisationen bewerkstelligt werden soll. Aber nicht nur die o.g. NGOs sind in Gefahr, sondern auch einfach punktuell und temporär auftretende Bürgerinitiativen, die sich für oder gegen politische Beschlüsse engagieren. Wie sehr sich die Politik gegen solch ein verantwortungsbewusstes Bürgerengagement wehrt, konnte man jüngst bei der Nichtanerkennung der Europäischen Bürgerinitiative gegen TTIP, CETA und TiSA sehen. 3,5 Millionen Unterschriften wurden von der EU-Kommission nicht anerkannt. Sie waren gegen diese Verträge - Siegfried Zeller-

## Was bedeuten die Kürzel?

CETA = Comprehensive Economic and Trade Agreement

TTIP = Transatlantic Trade and Investment Partnership

TiSA = Trade in Services Agreement

Wer für seine Überzeugungen kämpft, kann verlieren - wer nicht kämpft hat schon verloren!  
noch Fragen?

[www.attac-coe.de](http://www.attac-coe.de)

## Kommentar

von Joachim F. Gogoll

Ein Problem, dem ich auf meinen Vorträgen über eine alternative Ökonomie immer wieder begegne, ist die Tatsache, dass sich viel zu viele von der Politik und der herrschenden veröffentlichten Meinung in die Irre führen lassen. „Alternativlos“ ist da das Wort, mit dem jeglicher Versuch von Veränderungen von vorneherein untunbar werden soll und wird. Wir dürfen nicht vergessen, dass kaum eine Partei eine Politik haben will, die den Namen Volkswirtschaft auch verdient. Viel zu oft wird der Begriff Volkswirtschaft von Politikern mit Unternehmenspolitik gleichgesetzt. Das hat bisher dazu geführt und führt immer weiter in die zunehmende Verarmung breiter Bevölkerungsschichten und zum Raubbau an der Natur. Politik ist bis auf wenige Ausnahmen zu feige, diese für eine Volkswirtschaft völlig ungeeignete Unternehmenspolitik durch eine Ökonomie für das Volk zu ersetzen. Es gibt Ideen und auch Konzepte für Veränderungen, es fehlt allerdings auch die Unterstützung aus der Bevölkerung. Nur zur Erinnerung: Volkswirtschaft und Betriebswirtschaft sind zwei völlig unterschiedliche Paar Schuhe. So wie ein Betriebswirt seiner Ausbildung nach kein für einen Staat geeignetes ökonomisches Konzept entwerfen kann, so kann ein Volkswirt in der Regel auch keinen Betrieb führen. Dennoch machen sich tagtäglich Betriebswirte in der Politik und den Unternehmen auf, Vorschläge für eine in ihren Augen bessere Wirtschaftspolitik zu machen. Die aufgrund solcher Fehlleistungen der Politik und der sie beratenden Lobbyistenverbände aus der Wirtschaft entstehenden Folgen sind nicht nur für die Sozialsysteme verheerend, sondern auch für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Je größer die Schere zwischen Arm und Reich auseinanderklafft, desto größer wird die Bereitschaft der Unterprivilegierten Gewalt zur Wahrnehmung ihrer Interessen anzuwenden. Wer immer nur ein gesellschaftliches Objekt ist, ohne jemals die Chance zu haben, aktiv aufgrund seiner Fähigkeiten als Subjekt seine Situation zu verbessern, verliert die Hoffnung auf gesellschaftliche Anerkennung und damit den Willen, sich solidarisch in das System einzugliedern. Hoffnungslosigkeit zerstört die Zukunft einer ganzen Gesellschaft. Das muss nicht sein.

